

# „Deutschland darf nicht zum Bremsklotz werden“

Nachhaltigkeitstransparenz auf den Finanzmärkten:  
Fragen an Sven Giegold, Finanzexperte der Grünen im Europaparlament



**U** Die europäischen Finanzmärkte sollen künftig nachhaltiger und transparenter werden. Welche Ziele wurden bereits erreicht?

Auf Drängen unserer Grünen-Fraktion im Europaparlament hat die EU-Kommission das Thema nachhaltige Finanzmärkte aufgegriffen und mit einem ambitionierten Aktionsplan viele wichtige Initiativen auf den Weg gebracht. Dass Nachhaltigkeitstransparenz auf Finanzmärkten inzwischen von Umweltverbänden und Finanzindustrie gleichermaßen gefordert werden, ist schon ein erster Teilerfolg. Der Aktionsplan der Kommission enthält wichtige Gesetzesvorschläge für nachhaltige und transparente Finanzmärkte. Neue EU-Regeln für nachhaltige Offenlegungspflichten und Benchmarks sind bereits beschlossen. Bei der Überarbeitung

der Bankenregeln konnten wir erreichen, dass große börsennotierte Institute Nachhaltigkeitsrisiken künftig offenlegen müssen. Die Klassifizierung nachhaltiger Anlagen hat Deutschland zuletzt im Ministerrat blockiert und es wird noch einige Anstrengungen brauchen, um dieses Rahmenwerk fertigzustellen. Deutschland darf hier keinesfalls zum Bremsklotz werden und Europa bei einem so wichtigen Zukunftsprojekt zurückwerfen.

**U** Wo besteht Ihrer Ansicht nach noch Handlungs- beziehungsweise Regelungsbedarf?

Neben den bisherigen Initiativen fordern wir Grüne einen EU-Standard für grüne Anleihen. Dieser Standard muss Transparenz darüber schaffen, welche Projekte in welchen

Ländern mit der Anleihe finanziert werden. Nur so können Emittenten das nötige Vertrauen von nachhaltigkeitsbewussten Anlegerinnen und Anlegern gewinnen. Für Kleinanleger braucht es zügig ein EU-Label für grüne Finanzprodukte, vergleichbar mit dem EU-Umweltlabel, welches Greenwashing effektiv eindämmt. Nachhaltige Finanzprodukte dürfen keine Kohlekraftwerke oder Autobahnen finanzieren. Zusätzlich setzen wir uns ein für spezielle Klima-Stresstests für Großbanken, damit mögliche Auswirkungen von Umwelt- und Klimarisiken auf den Finanzsektor ins Blickfeld kommen. Die Forderung nach Eigenkapitalerleichterungen für nachhaltige Anlagen von Banken und Versicherungen lehnen wir ab. Eigenkapitalvorschriften für grüne Investitionen dürfen nur verringert werden, wenn sich deren geringeres Risiko tatsächlich nachweisen lässt. Innovative Technologien und Investitionen sind aber in aller Regel nicht risikoärmer. Höhere Klimarisiken könnten allerdings mit

*Sven Giegold (49) war Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen zur Europawahl 2019 und ist seit 2009 Abgeordneter im Europaparlament. Er ist der Sprecher der deutschen grünen Abgeordneten und engagiert sich seit langer Zeit für die Regulierung der Finanzmärkte im Interesse der Realwirtschaft und der Bürger. Vor seinem Wechsel ins EU-Parlament gehörte er zu den Gründern der globalisierungskritischen NGO Attac-Deutschland. Er erwarb einen Master in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung an der University of Birmingham und studierte auch in Bremen und Paris.*



mehr Eigenkapital unterlegt werden, weil sie angesichts der Klimakrise das finanzielle Risiko erhöhen.

*U Welche Lösungen beziehungsweise welchen regulierenden Beitrag erhoffen Sie sich von der Politik?*

Die Politik kann mit guten und einfachen Regeln für ein nachhaltiges Finanzsystem eine Rahmenordnung schaffen und damit die richtige Anreize setzen, damit Kapital in grüne Investitionen fließt. Von zentraler Bedeutung ist die Transparenz von Nachhaltigkeitsrisiken, damit Anleger die realen Risiken hinter ihren Anlagen besser einschätzen und ihre Anlagestrategie frühzeitig anpassen können. Ein grüner Finanzsektor ist aber keine Alternative zu grünen Zukunftsinvestitionen und entschiedener Umweltgesetzgebung. Diese Investitionen müssen Politik und Privatsektor gleichermaßen stemmen. Dabei gilt natürlich: Finanzmärkte können nur Investitionen finanzieren, die sich rechnen.

Deshalb bedarf es Partnern in der Finanzwirtschaft, um zum Beispiel eine konsequente Klimapolitik durchzusetzen. Zudem müssen wir nicht nur den noch vergleichsweise kleinen Sektor grüner Finanzanlagen durch Standards stärken. Vielmehr muss es auch darum gehen, nicht nachhaltige Anlagen für Investoren unattraktiver zu machen. Dazu ist ein erster Schritt, dass Großbanken transparent machen müssen, wie sehr sie in klimaschädliche Anlagen investieren. Auch die Finanzaufsicht muss diese Risiken systematisch bei ihren Eigenkapitalanforderungen einbeziehen. So stärken wir das Divestment aus fossilen Energien.

*U Sind Klimaschutz und Wohlstand miteinander vereinbar? Oder anders gefragt: Kann man als ökonomisch denkender Mensch „Grün“ wählen?*

Ohne Klimaschutz wird unser Wohlstand langfristig massiv abnehmen. Wollen wir als Volkswirtschaft wirtschaftlich erfolgreich

bleiben, müssen wir unter Hochdruck am Übergang zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftsweise arbeiten und massiv in den Klimaschutz investieren. Ansonsten haben wir keine Zukunft. Laut Klimaforschung bleiben uns aktuell nur noch zwölf Jahre, um gegenzusteuern und damit dramatische Klimaveränderungen mit unvorhersehbaren Folgen zu vermeiden. Jeder vernünftige ökonomisch denkende Mensch sollte die Warnungen der Klimaforscher ernstnehmen und sich für eine entschlossene Umwelt- und Klimapolitik einsetzen. Sei es für die Rettung unseres Planeten oder unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen, für die Zukunft des eigenen Unternehmens oder für den persönlichen Wohlstand. Alles steht auf dem Spiel.

Die Fragen stellte Gabriele Kalt.